

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreis. Anzeigenpreis verbindlich.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jassowitz, 8909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 178 B

BERLIN • Sonntag, den 31. Juli 1932

1. JAHRGANG

Wählt! Aber wählt links!

Seit acht Wochen regiert in Deutschland die faschistische Reaktion. Sie sucht am 31. Juli die Autorisation, dieses Regiment verschärft auszuüben und es auf Jahre hinaus zu verlängern.

Dieses Ziel ist vorbereitet worden durch drei Momente: durch die Wirtschaftskrise, die die bürgerliche Klasse zu einem unerhört brutalen Angriff auf die Arbeiterlöhne gedrängt hat und weiter drängen wird, ferner durch den Diktaturparagrafen der Reichsverfassung, der den Arbeitern ihre politischen Rechte raubt, und endlich durch die Duldung und Förderung der NS, deren verdorbene Lügen-Presse und tätlicher Angriff die Sozialisten in wachsendem Maße zum Freiwild gemacht hat.

**Gewählt wird
von 8 bis 17 Uhr
Und zwar links!**

In den Händen der heutigen Herren von Deutschland hat die Staatsmacht über die sie seit Wochen verfügen, nur dazu gedient, die Not der Massen dieses Landes zu verschärfen.

Die Regierung hat versagt in Lausanne und in Genf. Frankreich verwehrt ihr den Verständigungsfrieden und das Recht auf Revisionen; es tut dies unter der stillschweigenden Billigung sämtlicher anderen Mächte. Das bedeutet für das deutsche und das internationale Proletariat die Aufrechterhaltung, ja Steigerung der imperialistischen Rüstungen und der Kriegsgefahr.

Die Regierung hat innerpolitisch die Achtung vor Gesetz und Verfassung bedenklich erschüttert und dem Urteil Vorschub geleistet, daß die Forderungen einer arbeitfeindlichen Partei für die Verwalter der deutschen Politik maßgebend seien. Die Aufhebung des Uniformverbots, die Auflösung des Reichstags, die Exekution an der Preußen-Regierung hat aus Deutschland eine Anarchie gemacht. Die „Staatsraison“ verwalten Generale; die Minister sind zu ausübenden Organen geworden.

Kein konstruktiver Plan auf Seiten dieser Machthaber, der „die Regeneration des deutschen Volkes“ verbürgt. Nur der destruktive Plan weiterer Senkung von Löhnen, von Unterstützungssätzen in Verbindung mit einer kasernierten Arbeitsarmee und einer wirtschaftlichen und politischen Isolierung gegenüber der übrigen Welt.

Der 31. Juli stellt die Arbeiterschaft vor die Aufgabe, eines der legalen Mittel, die ihr zur Ablehnung dieser Art von Regierung heute noch zustehen, mit aller Macht einzusetzen.

Dazu ist nötig, daß alle Arbeiter — Männer und Frauen — an die Wahlurne gehen und eine der großen Arbeiterparteien wählen, um mit diesem Schritt wenigstens das Eine zu bezeugen, daß sie zu dieser „Volks“herrschaft „Nein“ sagen.

Der starke, alle Gegensätze zurückdrängende revolutionäre Aufschwung, der zu einem einzigen Vorgehen der beiden sozialistischen Parteien geführt hätte, war in der Arbeiterschaft lebendig; er ist im Wachsen. Aber er ist dieses Mal bei dem Widerstreben der Führer noch nicht zum Durchbruch gelangt.

Es kommt jetzt gerade alles darauf an, diesen Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus am Leben zu erhalten, ihn nicht durch Wahlrückschläge schwächen zu lassen, ihn vielmehr durch die Demonstration des ~~Antagonismus~~ der sozialistischen Stimmen „stärken“ und öffentlichen Ausdruck zu geben. Welche der beiden sozialistischen Parteien dabei am besten abschneidet, tritt gegenüber der Bedeutung dieser Erwägung zurück.

Wir selber geben der Kommunistischen Partei die Stimme, weil wir in den reformistischen Grundtendenzen der Sozialdemokratischen Partei eine der tiefsten und verhängnisvollsten Ursachen des Rückgangs der Arbeiterbewegung erblicken. Die Unterstützung der Kommunistischen Partei ist für uns ein Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf. Diesen Kampf hat die KP gewiß unzureichend geführt, sie hat aber wenigstens seine Bedeutung niemals verleugnet.

Die Aufgabe, an der Herstellung der Einheitsfront weiter zu arbeiten, gilt nach wie vor für alle Sozialisten, wenn sie auch nach dem 31. Juli voraussichtlich unter sehr erschwerenden Bedingungen stehen wird. Diese Bedingungen so günstig wie möglich zu erhalten, ist der nächste Schritt, den wir zu tun haben:

Wählt und wählt links!

Aus dem Inhalt:

Oesterreich wehrt sich gegen die Nazi-„Fanghunde“.

Ein Diktator, der es nicht wird.

Brünings Enthüllungen.

„Zur Sicherung des inneren Friedens.“

Arbeiternot ist Bauerntod.

Die Lehren von Bulgarien zur deutschen Wahl.

I. W. Iwanow (Sofia).

Jetzt, wo die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft von lebenswichtiger Bedeutung nicht nur für das deutsche, sondern für das Proletariat auf der ganzen Erde geworden ist, ist der Augenblick gegeben, daß sich die deutschen Genossen an die Einheitsfronten anderer Länder erinnern. Und die deutschen Genossen müßten ja mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie aus der Geschichte etwa der Einheitsfront in Bulgarien nicht die richtigen Schlüsse zögen.

Von einem Zusammengehen der KPB und der SPB in Bulgarien ist nie die Rede gewesen. Hingegen war eine Einheitsfront zwischen dem Bulgarischen Bauernbund (BBB) und der KP sehr naheliegend und außerordentlich wünschenswert. Bis 1923 merkte man aber nichts von einer Verständigung dieser beiden großen linksradikalen Parteien Bulgariens. Die Kommunisten wollten von den „Kleinbürgern“, die — man stelle sich nur vor — für Aufrechterhaltung des bäuerlichen Privatbesitzes eintraten, nichts wissen und bekämpften sie, wo sie nur konnten. Die Bauernbündler ihrerseits bekämpften die KP wegen ihres Agrarkollektivismus. So kam es 1923 zu der für beide Parteien gleich beschämenden und verhängnisvollen Tatsache: Verlassen von den Kommunisten mußten die Bauernbündler allein gegen die Bürgerlichen kämpfen, und binnen weniger Tage deren Macht weichen.

Wie anders hätten sich die Geschicke des bulgarischen Proletariats gestalten können, wenn die KP und der BBB ihre natürliche Bundesgenossenschaft gegenüber den Rechten erkannt und kraftvoll gegen den gemeinsamen Feind gekämpft hätten.

Nach dem Sieg der Rechten 1923 wütete die Reaktion gegen alle linkseingestellten, regierungsfeindlichen Elemente. Von Seiten der Regierung und der öffentlichen Meinung wurde kein Unterschied gemacht zwischen KP und BBB. Beide wurden in einen Topf geworfen — und beide gleichermaßen verfolgt, gehetzt, geächtet. Tausende der besten Kämpfer des Proletariats wurden in dieser Zeit von der Regierungsbestie ermordet.

Aber nun, unter diesem furchtbaren äußeren Druck, fanden sich die Parteien. Was in der Zeit der Macht und der Prosperität des BBB eine Utopie gewesen war, wurde in dieser Zeit der Not und Verfolgung zur Wirklichkeit. Es kam eine Einheits-

Der französische Botschafter beim deutschen Außenminister.

Im Anschluß an die Rundfunkrede des Generals von Schleicher hat der französische Botschafter beim Reichsaußenminister einen Besuch gemacht, in dem er sich offenbar beschwert hat über die Ausführungen Schleichers in bezug auf Frankreich. Der Reichsaußenminister soll ihm dabei mitgeteilt haben, daß das Reichskabinett voll hinter der Rede Schleichers steht und daß im übrigen seine Ausführungen die allgemeine Ansicht des deutschen Volkes wiedergäben.

Die täglichen Blutopfer.

In Wuppertal kam es an mehreren Stellen zu blutigen Zusammenstößen. Beim Plakatekleben wurden einige Nationalsozialisten von politischen Gegnern mißhandelt.

An einer anderen Stelle wurde ein Angehöriger der Eisernen Front, der Plakate bewachte, überfallen. Mit Schußverletzungen und Stichwunden am Unterarm mußte er ins Krankenhaus geschafft werden. Fünf Nazis wurden festgenommen.

Ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto gab in der Hoch- und Friedrichstraße mehrere Schüsse ab, wodurch einige Personen verletzt wurden. Das Auto wurde angehalten, der Führer verhaftet. In dem Wagen fand man keine Schusswaffen, aber zwei Patronenhülsen. In einem SA-Heim in der Nähe, in das die Insassen des Autos geflüchtet waren, beschlagnahmte die Polizei 500 Pistolenpatronen.

In Köln waren wieder mehrere Zusammenstöße, wodurch aber diesmal niemand ernstlich verletzt worden zu sein scheint.

In Leipzig-Lindenau kam es zwischen Nazis und Mitgliedern der Antifa zu einer Schlägerei, bei der drei Nationalsozialisten erheblich verletzt wurden.

In Wiederitzsch bei Leipzig wurde in der Nacht vom 28. zum 29. Juli bei einer Schlägerei zwischen SA-Leuten und Kommunisten im Anschluß an eine Versammlung der NSDAP der SA-Mann S. aus Wiederitzsch erstochen. Zwei der Tat verdächtige Kommunisten sind festgenommen worden.

In Breslau entwickelte sich im Anschluß an eine Provokation von Reichsbannerleuten durch Angehörige der NSDAP eine Schlägerei, durch die mehrere Menschen verletzt wurden. 22 Personen wurden festgesetzt — wie die Nazistellen mitteilen, lauter Reichsbannerleute.

In Frankfurt an der Oder kam es zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nazis, in deren Verlauf je ein Mitglied der kämpfenden Parteien ziemlich schwer verletzt wurde.

In Hindenburg wollten Polizeibeamte eine Ansammlung von Kommunisten zerstreuen, als plötzlich Schüsse gegen die Beamten abgefeuert wurden, von denen drei, zum Teil schwer verletzt wurden. Im weiteren Verlauf der Schießerei wurde ein Kommunist getötet und sieben weitere Zivilisten verletzt. Von diesen sind drei Kommunisten.

Neue Provokationsmethoden der Nazis.

W. R. Seit ein paar Tagen üben die Nazis in Braunschweig eine neue Methode der Provokation. Kürzlich kam einem Republikaner ein Trupp Menschen entgegen, die ihn mit dem Ruf „Freiheit“ begrüßten. Kaum hat er freudig den Gruß erwidert, als er schon mit einem Handstock über den Kopf geschlagen wurde. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Im Braunschweiger „Volksfreund“ (SP) lese ich von einem ähnlichen Fall: Nazis hatten sich die „Eisernen Pfeile“ angesteckt und wollten nun Reichsbannerkameraden zum Herunterreißen einer Nazifahne verleiten. Als ein Reichsbannerkamerad scherzhaft meinte, die Fahne müßte niedriger hängen, stürzten die Nazis (etwa 15 bis 20 Mann) auf die zwei Genossen und hieben mit allerlei Schlagwerkzeugen auf sie ein.

Die Nazipresse schreibt aber, daß Arbeiter sich selber anschießen und verprügeln.

Front der Bauernbündler und der Kommunisten zu stande.

In den Jahren 1924/25 schien sich diese Einheitsfront zu einer Partei zu entwickeln.

Da wurde von seiten der Regierung die KP verboten und aufgelöst. Der Bauernbund hingegen blieb bestehen. Die KP flüchtete zum Bauernbund und suchte sich durch seine Legalität zu decken. Der Bauernbund gewährte ihr auch brüderliche Hilfe. Es folgte wieder eine Zeit festen Zusammenhaltens. Gemeinsam kämpften sie gegen die feindliche Regierung in Straßenkämpfen und in politischen Aktionen.

1926 jedoch entdeckten die Kommunisten ihr marxistisches Herz. Die Kommunisten? Nein — nur einige ihrer „Führer“, denn die breite Masse, besonders auf dem Dorf, war nach wie vor bereit, mit den Bauernbündlern die Bundesgenossenschaft zu wahren. Allein die Führer blieben die Sieger: es gelang ihnen, das Verhältnis der KP zum BBB zu lockern. Das war die Zeit, in der die KP, allenthalben ihre unselige Spaltungspolitik betrieb. Die Einheit war zerstört, die KP machte für sich als „Arbeiterpartei“ legal Propaganda. Daß sie damit auch Erfolg hatte und es ihr gelang, Anhänger zu gewinnen, ist großenteils dem Umstand zuzuschreiben, daß die Linken durch den wirtschaftlichen Druck und die harte Faust der Regierung zermürbt waren und jeder radikalen Agitation ihr Ohr liehen.

1931 kam der Bauernbund in Verbindung mit bürgerlichen Elementen zur Regierung. Die Folge war, daß die KP sich den BBB als Zielscheibe ihrer Opposition auserkoren hat. Es kommen trotzdem auch jetzt noch gemeinsame Aktionen vor, — aber nur auf den Dörfern, wohin die Losungen der Führer nicht gelangen oder doch nicht wichtig genommen werden. Der Faschismus hat keinen wuchtigen Gegner mehr auf bulgarischem Boden.

Wir Sozialisten auf dem Balkan sind auf die Hilfe der deutschen Genossen angewiesen. Was können denn wir hier, in dem kleinen Land, was kann hier die Bauern- und Arbeiterbewegung erreichen, wenn nicht ihr, deutsche Genossen, uns eure starke Hand zur brüderlichen Hilfe reicht? Ihr habt eine gewaltige Verantwortung zu tragen. Auf euch blicken jetzt die Augen von Millionen von Genossen aller Länder, die von euch erwarten, daß ihr euch eurer Aufgabe jetzt gewachsen zeigt. Laßt euch nicht erst durch Not und Verfolgung zusammenschweißen, wie die bulgarischen Genossen! Nein, jetzt, wo eure Hände noch frei sind, reicht sie einander zu gemeinsamer Tat!

Mir fällt eine Szene ein, die Barbusse in seinem Buch „Die Henker“ dargestellt hat: Nach dem Putsch von 1923 flüchtete ein bulgarischer Revolutionär nach Konstantinopel. Er trifft dort Barbusse und sagt zu ihm: „Sie können uns nicht alle bis zum Letzten töten. . . Immer werden noch einige übrig bleiben, die wieder andere voranschicken.“

Ja, ja, immer werden noch einige übrig bleiben, die das Werk von Neuem aufbauen. Aber wenn diese wenigen, die wissen, was es heißt, immer wieder von vorn anzufangen, zu euch kommen und euch fragen, warum ihr, die ihr die Möglichkeit hattet, nicht gemeinsam weitere Siege des Faschismus verhindert habt, was werdet ihr uns aus dem Lande der Henker antworten?

Genossen, wir rufen euch zu: steht zusammen gegen den gemeinsamen Feind!

Wählt alle und wählt links!

„Ein Diktator, der es nicht wird!“

Ein Faschist urteilt über Hitler.

M. H. Wir bringen im Folgenden eine Beurteilung Hitlers durch Malaparte, einen italienischen Faschisten; sie stammt aus dem Buch „Der Staatsstreich“, in dem Malaparte „die fundamentalen Regeln“ für eine „moderne Taktik des Staatsstreichs“ zu geben versucht, um zu zeigen, wie „man sich eines modernen Staates bemächtigt und wie man ihn verteidigt“. (Bonaparte, Trotzki, Kapp, Primo de Rivera, Pilsudski, Mussolini, Hitler dienen ihm als Beispiel, an denen er seine Regeln für Erfolg und Mißerfolg einer Revolution entwickelt.) Wenn auch zweifellos dies Buch nicht, wie es beabsichtigt, die Regeln, die für jeden Staatsstreich gelten, — sozusagen das Rezept für jede Revolution — gibt, so enthält es doch eine Reihe interessanter Darstellungen der revolutionären Ereignisse der Gegenwart. Dem Führer des deutschen Faschismus steht dieser Bewunderer Mussolinis recht kritisch gegenüber. Sein Urteil ist für uns Antifaschisten von Interesse, gerade weil er der nationalsozialistischen Bewegung grundsätzlich nahe steht. Es ist von Interesse, auch deswegen, weil der Machtkampf zwischen Hitler und Schleicher noch nicht entschieden ist, und damit auch noch nicht entschieden die Frage, welcher dieser Gegner der gefährlichere ist.

„Ein Diktator, der es nicht wird“ — so ist das Kapitel überschrieben, das Hitler gewidmet ist.

„Die Kampforganisation der NSDAP ist der revolutionären Organisation des Faschismus von 1919 bis 1922, der Jahre vor dem Staatsstreich, genau nachgebildet. Das Netz der Hitler'schen Zellen, dessen Zentrum München ist, erstreckt sich über ganz Deutschland. Die nationalsozialistischen Stoßtrupps, aus ehemaligen Soldaten zusammengesetzt und militärisch organisiert, bilden das revolutionäre Gerüst der Partei. In den Händen eines Führers, der sich ihrer zu bedienen versteht, könnten sie eine sehr ernste Gefahr für das Reich darstellen. Von ehemaligen Offizieren geführt, mit Revolvern, Granaten und Totschlägern bewaffnet, . . . sind sie eine wunderbar ausgerüstete und großartig in der Taktik

„Fanghunde zurückpfeifen.“

Der Kampf um die NS-Propaganda in Oesterreich.

S. H. Der Kampf um das Lausanner Protokoll wirbelt in Oesterreich einen Staub auf, der von Bazillen reichlich durchsetzt ist. Nachdem im Ministerrat der Kuhhandel mit dem Heimatblock, dem radikalen Flügel der Nationalisten, zustand gekommen war, ist nun der Kampf im Nationalrat entbrannt. Der Führer der Christlich-Sozialen, Kunschak, der die Lausanner Politik der Regierung zu verteidigen hatte, hat sich dieses fatalen Auftrags entledigt, indem er vor dem unmittelbaren Thema der Rechtfertigung des Protokolls absprang und einen geharnischten Angriff auf die „reichsdeutschen Emissäre“ nationalsozialistischer Herkunft führte, die zur Zeit in Wien ihr Wesen treiben.

„Houté nach 18 Jahren ist es der Furor Teutonicus, der gleichbedeutend mit Hohenzollernischem Hausinteresse. Arm in Arm mit Junkern und Industriemagnaten, zunächst einmal den aufkeimenden welterlösenden demokratischen Gedanken im eigenen Lande und insbesondere auch unserem Oesterreich und dessen Volk den Krieg erklärt.“ Er wies darauf hin, daß in diesen Tagen reichsdeutsche Agenten in geschäftigster Weise ihr Wesen in Wien trieben. „Es fehlt nur noch der schlüssige Beweis, daß das Wort ‚Rubel rollt‘ umgewandelt werden kann in die Behauptung ‚Die Mark rollt‘.“ Nach wütenden Protestrufen der Großdeutschen bestätigte Kunschak noch einmal, daß die Deutschenationalen die Tatsache der deutschen Emissäre auf Wiener Boden nicht aus der Welt zu schaffen vermöchten. „Daß diese Herrschaften, die man als Hitzköpfe und Agitatoren landaus, landein kennt, nicht nach Wien gekommen sind, um hier etwa auf der Liliputbahn zu fahren oder sich einem Privatvornehmen hinzugeben, ist einleuchtend.“ Er zog daraus die Folgerung, daß es sich bei der Agitation „vielfach um eine künstlich herbeigeführte, und zwar durch ausländischen Einfluß herbeigeführte, Aufregung handele.“

Es wäre der gemeinsamen Sache des Deutschtums sehr zweckdienlich, wenn die deutsche Reichsregierung diese Fanghunde zurückpfeifen, an die Leine legen und die Ordnung unserer häuslichen Angelegenheit unserer eigenen Erkenntnis und unserer eigenen Leidenschaft überlassen würde.“

Die Heimwehrvertreter schwiegen. Die Großdeutschen schritten zur Verteidigung. Sie schossen einen gut gezielten Pfeil auf Kunschak ab: „Sie werden doch nicht behaupten, daß die deutsche Reichsregierung Leute hereinkommandiert, um den Vertrag von Lausanne zu Fall zu bringen!“ Kunschak: „Ich stelle ja keine Behauptung auf, sondern . . .“, woraufhin der Obmann der Großdeutschen, Foppa, unter dem Beifall seiner Freunde konstatierte, er sei Kunschak dankbar, daß dieser die Larve von der wahren Gesinnung der Christlich-Sozialen gelüftet habe. Die Antwort Deutschlands werde nicht ausbleiben. Er warte mit Ruhe ab, welche Stellung die Bruderpartei in Deutschland, das Zentrum, zu einer so würdigen Haltung in einer so ersten Sache einnehmen werde.

Nach weiteren Angriffen Foppas gegen den Bundeskanzler, dessen Taten in Lausanne hinter seinen früheren Worten weit zurückgeblieben seien, Worte, die Dollfuß sofort dementierte, stellte Foppa den Mißtrauensantrag: „Der Nationalrat wolle beschließen: Der Nationalrat versagt der Bundesregierung das Vertrauen.“

Da die weitere Aussprache auf Dienstag vertagt wurde und verfassungsrechtlich die Möglichkeit besteht, über Mißtrauensanträge erst nach 48 Stunden abstimmen zu lassen, wird der Antrag der Großdeutschen voraussichtlich erst Donnerstag zur Entscheidung kommen.

Die an diesem Kampf Beteiligten sitzen alle im Glas-kasten: Dollfuß und die Partei der Christlich-Sozialen, die den Unterwerfungsvertrag gegenüber dem Völkerbund zu verteidigen haben, der Heimatblock, der mit Ministern hinter

verschlossenen Türen seine Geschäfte treibt, und die Großdeutschen mit ihrer Protektion „deutscher Emissäre“, die die Hände voller Geld haben. Der erfreulich scharfe Angriff der Christlich-Sozialen gegen die Umtriebe reichsdeutscher Nationalsozialisten könnte selbstverständlich von weit stärkerer Wirkung sein, wenn nicht die Verteidigung des Lausanner Protokolls die Führer der Partei in die mißliche Situation brächte, hier für eine Fesselung Oesterreichs einzutreten, deren Anerkennung Oesterreich so gut wie gar keine finanzielle Erleichterung verspricht. Aber wie dem auch immer sei — wie ein ohnmächtiger Staat operieren soll, läßt sich auf alle Fälle nur bei genauestem Einblick in alle Kräfte und Gegenkräfte ermessen —, es verdient Anerkennung, daß sich die Christlich-Sozialen in der heiklen Situation, in der sich Oesterreich befindet, nationalsozialistische Wühlarbeit vom Halse halten. Wie die Telegraphen-Union meldet, beabsichtigt der Ministerrat sogar,

die Ausweisung Habichts, des Vertrauensmannes Hitlers,

sofort anzuordnen. Die nationalsozialistischen Bundesräte, die deswegen am Freitag bei Dollfuß vorgesprochen haben, sind nicht empfangen worden. Der Sicherheitsminister ließ ihnen nur die Antwort geben, daß die Frage der Ausweisung den Ministerrat beschäftige. Die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“, die den NS nahesteht, ist am Freitag morgen von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Hoffentlich bleiben die Christlich-Sozialen fest in ihrem Kampf dagegen, daß ein Deutscher in Oesterreich die gleiche Politik entfesselt, wie dies einem Oesterreicher in Deutschland gelingen konnte.

Es ist klar, daß die „Berliner Börsenzeitung“ „mit tiefstem Befremden, ja mit Empörung“ von den Ereignissen in der Wiener Volksvertretung Kenntnis nimmt. Tröstlich ist für diese Zeitung nur, daß es diese Vorgänge der Bruderpartei des Zentrums in die Schuhe schieben kann, dieses Zentrums, das zur Zeit im Reich „einen so fanatischen Kampf gegen die nationale Bewegung“ führt. Die ausführlichen Darstellungen über die Wiener Vorgänge erscheinen in der gleichen Nummer, in der auf der ersten Seite „ein Zentrumskalender“ abgedruckt wird, der die separatistischen Bestrebungen von Zentrumspolitikern aus dem Jahre 1919 dem Dunkel der Vergangenheit entreißen soll und in der auf der gleichen Seite das Zwei-Millionen-Geschenk der Braun-Severing-Regierung an das Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“ angeprangert wird. Die Zuverlässigkeit dieser Denunziation wird durch die Worte: „Wir glauben zu wissen, daß die in obiger Meldung gemachten Angaben zutreffen“ in das richtige Licht gerückt.

Die „Germania“ schweigt merkwürdiger Weise zu der Herausforderung der Großdeutschen im Wiener Nationalrat. Sie bringt selbstverständlich, wenn auch nur in kurzen Auszügen, die Reden Kunschaks und Foppas, aber gänzlich ohne eine Stellungnahme. Die unsichere Haltung des Zentrums in nationalistischen Fragen kommt hier deutlich heraus. Der Kampf, den das Zentrum in diesen Tagen mit der Rechten führt, ist ein Kampf um die Macht, nicht ein Kampf gegen die Ideen, die bei der Rechten führend sind. Es gibt für das Zentrum nur ein Ideal, an dem es nicht rütteln läßt, das katholische. In allem anderen wetteifert es mit den Schlagworten, die gerade Konjunktur haben, und ist ihnen zum Teil sogar selber verfallen. Daher muß man damit rechnen, daß der Ausfall der Christlich-Sozialen tatsächlich beim Zentrum keinen Widerhall findet, wie man noch weit mehr damit rechnen muß, daß nach der Wahlschlacht das etwaige Angebot der Nationalisten in Deutschland an die Zentrumspartei, sich an der neuen Regierung zu beteiligen, bei ihr nicht auf entschlossene Ablehnung stoßen wird.

des Aufstandes ausgebildete militärische Organisation. Einer eisernen Disziplin unterstellt, dem tyrannischen Willen ihres Führers unterworfen, der sich für unfehlbar erklärt und innerhalb der Partei eine unerbittliche Diktatur ausübt, sind die Hitler'schen Angriffsstruppen nicht nur die Armee der nationalen Revolution des deutschen Volkes, sondern das blinde Instrument der Ambitionen Hitlers.

Diese Veteranen des Weltkrieges, die davon träumen, zur Eroberung des Reiches auszuweichen und sich unter den Hakenkreuzfahnen für die Freiheit des deutschen Vaterlandes zu schlagen, sehen sich darauf beschränkt, den ehrgeizigen Plänen und den persönlichen Interessen eines beredten und zynischen Politikers zu dienen, der unter Revolution nichts anderes versteht als einen abgedroschenen Kleinkrieg gegen die kommunistischen roten Garden, als eine unendliche Reihe ruhloser Zusammenstöße mit Arbeitern in Sonntagskleidern oder ausgehungerten Arbeitlosen, als die Eroberung des Reiches durch die Wahl, unterstützt von einigen Revolver-schüssen an den Rändern der Großstädte.

In Königsberg, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Essen haben Offiziere der Hitler'schen Sturmabteilungen mir gestanden, daß sie sich zum Range der Prätorianergarde eines revolutionären Führers herabgedrückt fühlen, der sich darin übt, gegen seine eignen Anhänger die Polizeimaßnahmen anzuwenden, deren er sich eines Tages wird zu bedienen haben, um dem deutschen Volke seine persönliche Diktatur aufzuzwingen. In der Nationalsozialistischen Partei werden Gewissensfreiheit, das Gefühl der persönlichen Würde, Intelligenz, Kultur mit diesem dummen und brutalen Haß verfolgt, der die Diktatoren dritter Ordnung kennzeichnet. Obgleich Oesterreicher, hat Hitler nicht genug Geist, um zu verstehen, daß einige Formeln der alten jesuitischen Disziplin jetzt sogar in der Gesellschaft Jesu veraltet sind. . . .

Nach dem Mißlingen des Staatsstreichs von Hitler, Kahr und Ludendorff (in München 1923) zog sich die ganze revolutionäre Gewalt Hitlers in seine Beredsamkeit zurück. . . . Der Führer zeigt sich immer mehr der Gewalt abgeneigt. Schüsse tun seinen Ohren weh. . . . Die Sturmabteilungen, das ist der Feind. Hitler hat Furcht vor den Extremisten seiner eignen Partei. Die Taktik der Gewalt ist ihre Stärke. Wehe Hitler, wenn seine Sturmabteilungen zu stark werden: das wäre vielleicht der Staatsstreich, aber bestimmt nicht die Diktatur Hitlers. . . .

Die Extremisten haben nicht Unrecht, Hitler für einen unechten Revolutionär zu halten, für einen Opportunisten, einen „Advokaten“, der sich einbildet, mit Reden, militärischen Paraden, Drohungen und parlamentarischen Erpressungen die Revolution zu machen. . . . Man beschuldigt Hitler, nicht den Mut zu haben, den Gefahren einer revolutionären Taktik zu trotzen, sich vor der Revolution zu fürchten. Ein Sturmabteilungsleiter sagte mir in Berlin, Hitler sei am Ufer eines Rubicon, der zu tief ist, um durchwaten zu werden, wie ein Julius Cäsar, der nicht schwimmen kann, Man kann Hitlers Brutalität seinen Anhängern gegenüber nur durch die Furcht erklären, wider seinen Willen zu etwas gezwungen zu werden, und durch die Furcht, daß die Extremisten, die Sturmabteilungen . . . ihn auf den Weg des Aufstands stoßen könnten. . . .

Eine der Konzessionen, die Hitler den Extremisten seiner Partei in der letzten Zeit gemacht hat, ist die Schaffung einer Schule in München zur Ausbildung der Sturmabteilungen in der Taktik des Aufstands. Aber worin besteht Hitlers Taktik des Aufstands? Der Führer der Nationalsozialisten stellt sich das Problem der Staatseroberung nicht so, wie ein Marxist es sich stellen würde. Er unterschätzt die Wichtigkeit der Rolle der Gewerkschaften bei der Verteidigung des Staates. . . . Anstatt die Gewerkschaften des Proletariats zu bekämpfen, schlägt er auf die Arbeiter ein. Seine Kommunistenjagd ist nur eine Arbeiterjagd. Die von den Schwarzhemden Mussolinis gegen die Arbeiterorganisationen angewandte Taktik der Gewalt wird durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, reinen Tisch mit allen organisierten Kräften zu machen, um damit dem Generalstreik zuvorzukommen und die Einheitsfront der Regierung, des Parlaments und des Proletariats zu brechen. Aber nichts rechtfertigt den dummen und verbrecherischen Haß der Hitlerianer gegen die Arbeiter als solche. . . . Hitler mußte den Kampf gegen die Gewerkschaften gründlich und systematisch führen, wenn er seine Partei vor dem schrecklichen Druck der organisierten Massen befreien wollte. . . . Auf Hitler hat nur das Einfluß, was seine opportunistische Politik bedroht. . . . Er weiß genau, daß die unvermeidliche Reaktion des Proletariats, der Generalstreik, sich zuerst gegen die Interessen der Wählermassen wenden würde. Und er will die Gunst des Bürgertums, das unerläßliche Element seiner Wahlstrategie, nicht verlieren. Die Eroberung des Staates ist für ihn nur durch die Eroberung des Reichstags möglich. An der unge-

*) Erschienen 1932 bei E.P. Thal & Co., Wien-Leipzig.

Das China-Problem.

Vorschau auf die Internationale China-Konferenz.

1921/22 fand die Washingtoner Seeabüstungskonferenz statt, auf der — weil es ein Teilproblem der imperialistischen Beherrschung des Pazifischen Ozeans ist — auch die Neutralität Chinas zur Sprache kam. Die „Politik der offenen Tür“ gegenüber China, die als Schlagwort bereits seit 1900 bestand, wurde vertraglich festgelegt. Gemäß dieser Politik haben die fremden Großmächte von jeder Verletzung der chinesischen Souveränität (hinsichtlich Boden und Verwaltung) abzusehen und auch auf alle Sonderrechte, die dem Handel und der Industrie eines einzigen Landes zugute kämen, zu verzichten.

Um die Bedeutung dieser Politik zu erkennen, muß man freilich beachten, daß der Wortlaut jenes Vertrags (des Neun-Mächte-Vertrags) insofern mißverständlich ist, als es sich gar nicht um eine Respektierung der chinesischen Souveränität handelt (wie ausdrücklich behauptet wird), sondern nur um den Verzicht auf solche Souveränitätsverletzungen, die einseitig einer einzigen Nation zugute kämen. Diejenigen Souveränitätsverletzungen, die allen Mächten gleichmäßig dienen, bleiben erhalten.

Es ist daher zumindest mißverständlich, wenn man, wie Amerikas Staatssekretär, Oberst Stimson, es tut, die Bedeutung des Vertrags darin sieht, daß „dem chinesischen Volke die weitgehendste Gelegenheit gegeben wird, ohne Belästigung seine Souveränität und Unabhängigkeit gemäß den modernen und erleuchteten Grundsätzen zu entwickeln“. Denn China ist durchaus nicht frei von einem äußeren Einfluß und kann sich daher auch nur innerhalb eines gewissen, ziemlich engen Rahmens „frei“ entwickeln. Wenn Stimson allerdings unter „modernen und erleuchteten Grundsätzen“ jene Freiheitsbeschränkung versteht, so kann man sich allenfalls seiner Auslegung anschließen!

Die wichtigsten Beschränkungen der chinesischen Souveränität liegen erstens im Vorhandensein fremder Konzessionsgebiete, den sogenannten „Vertragshäfen“ (von denen Schanghai der wichtigste ist), und zweitens in der Kontrolle über den Seezoll (Außenhandelszoll).

Diese beiden Eingriffe in Chinas „Souveränität“ haben einen bemerkenswerten Einfluß auf das politische Leben des Landes. Was zunächst den Seezoll betrifft, so ist seine Zentralisierung, die der politischen Zentralisierung Chinas unendlich weit voraus ist, häufig eine Ursache von Bürgerkriegen, denn die Einnahmen aus dem Seezoll sind nicht nur dem Umfang nach groß, sondern auch verhältnismäßig beständig, und sind darum das begehrteste Ziel ehrgeiziger Provinzgeneräle, die sich gegen die in der Tat durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung der sogenannten „Zentralregierung“ auflehnen. Eine Dezentralisierung des Seezolls würde Chinas „künstliche Einheit“ zwar sofort zerstören, aber sie würde auch das friedliche Nebeneinander der Provinzen ermöglichen. Die jetzt vorhandene „Zentralisierung“ und „Einheit“ besteht ja nur darin, daß einige der Provinzen den Anspruch auf Führung erheben und diesem Anspruch dank der finanziellen Unterstützung des unter fremder Kontrolle stehenden Seezolls von Zeit zu Zeit durch „Strafexpeditionen“ gegen „rebellische“ Provinzen Ausdruck verleihen. Chinas Bürgerkriege sind daher in der Tat unter anderem eine Folgeerscheinung seiner ihm von Außen aufgezwungenen „Einheit“.

Ueber die andere Beschränkung der chinesischen Souveränität (exterritoriale Vertragshäfen) ist schon viel gesprochen worden, so daß wir uns hier kurz fassen können. Genau wie der Seezoll eine künstliche Einheit erzwingt und vertauscht, wird durch die exterritorialen Vertragshäfen eine künstliche kapitalistische Blüte erzwungen und vorgetäuscht. Während in China selbst feudale Anarchie herrscht und einer der gewaltigsten Bauernaufstände im Entstehen begriffen ist, bildet Schanghai eine durch Kriegsschiffe und Garnisonen geschützte kapitalistische Insel, die nach den Worten des

Generaldirektors eines Finanztrusts („International Investment Trust Co. of China Ltd.“) den „besonderen“ Vorzug hat, sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten zu blühen. In guten Zeiten ist Schanghai der Kanal, durch den ein großer Teil des chinesischen Außenhandels fließt. In schlechten Zeiten, wenn Unordnung und Unruhe vorherrschen, ist es das Asyl für den Reichtum... Nach Schanghai strömt das geraubte und erpreßte Geld aus ganz China, und Schanghai revanchiert sich, indem es jene raubenden und plündernden Feudalbarone finanziert! Wenn man bedenkt, daß 50 Prozent von Nankings Einnahmen aus dem Seezoll stammen und daß dieser Seezoll nur dank der „kapitalistischen Inseln“ möglich wird (moderner Großhandel ist ohne Sicherheit des Privateigentums nicht möglich), so versteht man, daß diese Eingriffe in Chinas „Souveränität“ etwas sehr Wesentliches sind, und daß sie z. B. die Freiheit jener Bauernrevolution beschränken, die nun nicht gegen verrottete Feudalbarone allein zu kämpfen hat, sondern gegen Feudalbarone plus Bankiers.

Dieser Politik nun, der China die zweifelhafte Wohltat einer territorialen „Einheit“ und einer „Zentralregierung“ verdankt, hat Japan im Herbst vorigen Jahres einen emp-

Die Rolle Großbritanniens in China.

Was Großbritannien betrifft, so hat es nach den Worten des Londoner „Economist“ (16. Jan. 1932) den Standpunkt des „staatsmännischen Zynismus“ eingenommen und sich dadurch „das Wohlwollen jener Macht gesichert, die soeben bewiesen hat, daß im Fernen Osten sie die Herrin der Situation ist“. Freilich ist die melancholische Note dieser Feststellung bereits z. T. überholt, denn Großbritannien hat klug berechnend so lange gewartet, bis sein brutaler und ungeschickter Bundesgenosse sich empfindlich die Finger verbrannt hatte. Schon während der Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai zwischen Japan und China (21. März bis 5. Mai) war die Führung in den Händen des britischen Beobachters. Und je größere Schwierigkeiten der japanischen Politik in der Mandchurei erwachsen werden, um so mehr wird der „große Knüppel“ (wie der „Economist“ es nennt) wieder England zufallen.

Die Zeit der Passivität in der britischen Politik scheint sich jetzt ihrem Ende zu nähern. Wir stehen am Vorabend einer großen Internationalen China-Konferenz, deren Aufgabe es sein wird, den ganzen Zusammenhang der fernöstlichen Politik zu überprüfen. Bisher hat man sich allerdings noch nicht über den Umfang der zu behandelnden Probleme geeinigt, indem Japan gegen die Einbeziehung der mandchurischen Frage protestiert, während Nanking vorgibt, nur dann an der Konferenz teilnehmen zu wollen, wenn auch über die Mandchurei verhandelt wird. Dieser unüberbrückbar scheinende Gegensatz wird jedoch den Diplomaten kaum ernste Schwierigkeiten bereiten, denn man kann offenbar nach Belieben über die Mandchurei reden, ohne den Japanern zu sehr dreinzureden. Vermutlich wird man sich jedoch in der Hauptsache auf das Problem beschränken, das England am meisten am Herzen liegt, und das man in einem genügend weiten Sinne als das „Schanghai-Problem“ bezeichnen kann, insofern Schanghai der „Kanal des Handels“, das „Asyl des Reichtums“, die Schatzkammer und finanzielle Stütze der reaktionären Feudalgeneräle Nankings ist. In der Tat, „Schanghai ist China“, wie das die „North-China Daily News“ kürzlich (28. Mai) geäußert hat. Was nämlich sonst noch da ist, ist eine von Zeit zu Zeit hungernde Bauernbevölkerung und jene Landsknechte, die für das Niederschlagen der hungernden Bauern von Schanghai aus bezahlt werden.

Der Streit der Imperialisten.

Die Absichten gehen jedoch noch weiter, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch das weitere Problem der „Sanierung“ Chinas auf die Tagesordnung jener Internationalen Konferenz kommt. Freilich wäre hier die Aufgabe von einer geradezu uferlosen Ausdehnung, und es scheint, daß Großbritannien keine Neigung hat, in China ein zweites Indien zu schaffen. Das schließt jedoch nicht aus, daß gewisse Versuche unternommen werden, das zusammenstürzende Gebäude des chinesischen Staates zu stützen. Vielleicht der bemerkenswerteste Vorschlag in diesem Zusammenhang ist der einer Bevormundung Chinas durch den Völkerbund, bemerkenswert, weil er vom Vorsitzenden der einflussreichen Londoner China Association gemacht worden ist. Aber es gibt daneben noch andere Wege der Beaufsichtigung Chinas durch die Großmächte, und je unauffälliger sie sind, um so größer ist ihre Aussicht auf Realisierung.

Bei dieser ganzen Darstellung haben wir Einzelheiten unterdrückt, um den Gesamtcharakter deutlicher hervortreten zu lassen. Da ist insbesondere der Gegensatz in den Methoden der einzelnen Mächte: Amerika hat es gern, seinen Imperialismus hinter sentimentalen Phrasen zu verbergen. Japan neigt dazu, durch allzu forsches Zugreifen andere vor

den Kopf zu stoßen. Dazwischen steht der alte Meister des Imperialismus, England, der wartet kann, wenn es nötig ist und zupackt, wenn die Zeit kommt. Die Führung fällt so von selbst Großbritannien zu, auch wenn die Sympathie des chinesischen Bürgertums mehr Amerika zuneigt. Aus diesem Grunde scheint uns der Gegensatz zwischen Amerika und England nicht allzu bedeutsam zu sein. Beachtet man zudem, daß die jetzt anscheinend bevorstehende Wendung in der Politik, zwar dem Wortlaut, aber nicht der Praxis der vielgepriesenen und von Amerika gern für sich in Anspruch genommenen Politik der offenen Tür zuwiderläuft, so entfällt vollends jeder Grund einer Meinungsverschiedenheit.

Man erkennt vielleicht von hier aus, in welcher Weise Japans Anschlag auf die Politik der offenen Tür und das scheinbar ratlose Abwarten der Westmächte sich nunmehr zu einer Politik verdichtet, die China in noch stärkere Abhängigkeit von den Großmächten bringt. Auch wenn es sicherlich falsch wäre, zu behaupten, daß Japans Rolle von vornherein unter Zustimmung durch die anderen Mächte festgelegt war, so ist es auf der anderen Seite augenscheinlich, daß die anderen Mächte sich sehr bald mit dieser Rolle einverstanden erklärten und jetzt die Früchte ernten. Alexis Baranoff.

findlichen Schlag versetzt, indem es etwa ein Fünftel des chinesischen Gebietes praktisch unter seine Herrschaft brachte. Das bisherige System einer internationalen Bevormundung Chinas brach zusammen, wobei es bemerkenswert ist, wie glatt dieser Zusammenbruch vonstatten ging.

Zwar hat der amerikanische Staatssekretär Oberst Stimson in einem weitschweifigen Brief an Senator Borah (der Text des Briefes wurde am 25. Februar 1932 der Öffentlichkeit übergeben) erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht habe, jene Politik der offenen Tür auch in Zukunft beizubehalten, und, was noch wichtiger ist, er hat hinzugefügt, daß Amerika auf seine führende Rolle im Bau von Schlachtschiffen sowie die militärische Befestigung der Insel Guam und der Philippinen nur unter der Voraussetzung verzichtet habe, daß andere Nationen gleichermaßen auf militärische Stärkung auf Kosten Chinas verzichten, d. h. er hat ein Wettrennen im Pazifischen Ozean angekündigt; aber die Vereinigten Staaten haben gleichzeitig erklärt, daß sie vorläufig nicht die Absicht hätten, Japan in den Arm zu fallen. Bekanntlich erwies sich auch die „dramatisch und weitreichend“ ausposaunte Anrufung des Neun-Mächte-Vertrags durch Amerika (7. Januar) als bedeutungslose Demonstration. Wie es scheint, versuchen die Amerikaner Rußland dazu zu bewegen, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Gerüchte von Amerikas Anerkennung der Sowjetregierung und die Versuche, eine Annäherung zwischen Nanking und Moskau herbeizuführen, weisen in diese Richtung. Aber es sieht nicht so aus, als ob ihnen Moskau den Gefallen täte.

Trotz dieser bereits jetzt beherrschenden Position Schanghai sind die kapitalistischen Interessenten mit dem Maß der Sicherheit dieses Kleinods nicht zufrieden. In der Tat, sie haben allen Grund dazu, denn wenn auch China in dem Krallen Schanghai ist, so nähert sich China selbst unwiderstehlich der Anarchie und droht Schanghai mit sich zu reißen. Das Ziel aller „Sicherungs“-Versuche ist daher die Lockerung der noch vorhandenen Abhängigkeit Schanghai von China (wodurch freilich die Abhängigkeit Chinas von Schanghai nicht geringer wird). Erstens handelt es sich darum, durch Schaffung einer neutralen Zone die räumliche Berührung mit China zu verringern, zweitens soll das chinesische Gericht Schanghai reformiert werden. Dieses Gericht hat neben allen rein-chinesischen auch diejenigen Fälle zu behandeln, in denen Fremde als Kläger und Chinesen als Angeklagte auftreten. Bis 1927 bestand für derartige Fälle ein „Gemischtes“ Gericht, in dem chinesische und fremde Richter saßen. Es wurde dann unter dem Druck der nationalen Bewegung durch ein rein-chinesisches Gericht ersetzt. Dieses Gericht hat nun insbesondere während der letzten Zeit die Unzufriedenheit der fremden Kaufmannschaft erregt, weil es sich weigerte, gegen die Aktionen der anti-japanischen Boykottagenten vorzugehen. Die Provokation, der dadurch die Japaner Schanghai ausgesetzt worden seien, sei mit verantwortlich für den Ausbruch der Feindseligkeiten Ende Januar. Diese Argumentation hat sich sogar der Vorsitzende des Schanghaier Munizipalrats, der britische General Magahten, zu eigen gemacht. Man kann allerdings behaupten, daß das Verhalten des Gerichts gegenüber dem anti-japanischen Boykott hier nur als Vorwand dient. Es bedarf nämlich keiner allzu kühnen Phantasie, um zu erkennen, daß jenes Gericht während der in Zukunft mit Sicherheit kommenden politischen Unruhen in China sehr störend auf Schanghai einwirken kann. Jeder Bürgerkrieg — und der sich immer deutlicher ankündigende Zerfall der jetzt noch herrschenden Kuomintang macht einen Bürgerkrieg unvermeidlich — wird jenes Gericht in politische Intrigen und Machenschaften hineinziehen und jene für das Interesse des kapitalistischen Geschäfts erforderliche Sicherheit gefährden. Die Agitation für Bildung der neutralen Zone und für Abschaffung des chinesischen Gerichts ist daher ein Versuch, sich gegenüber den kommenden Stürmen zu schützen.

„Das Weltbild der Gegenwart“.

Bg. Unter diesem Titel hat der bekannte Freidenker-Theoretiker Julius Schaxel im „Urania-Freidenker-Verlag, Jena, ein Buch veröffentlicht, bei dessen Lektüre man sich nicht des Eindrucks erwohnen kann, daß sein Verfasser ein so lödenschafflicher Anhänger der sozialistischen Ideale ist, daß er glaubt, den orthodoxen Marxismus vertreten zu müssen, um den Idealen zu dienen.

Gewiß, in dem Buch steht manche wertvolle Angabe, aber die Grundrichtung wird gekennzeichnet durch die Worte: „Die Dialektik zeigt, daß es aussichtslos ist, ein möglichst vollkommenes System der Gesellschaft zu verfertigen. Es kommt vielmehr darauf an, das notwendige Erzeugnis des Kampfes zweier geschichtlich entstandener Klassen, des Bürgertums und des Proletariats, zu erkennen.“ Und dies notwendige Ergebnis ist, jedenfalls soweit es sich um den Untergang des Bürgertums handelt, schon da: „Der Faschismus ist nur der Leichenstein, der eine absterbende Klasse unter sich begräbt.“ Damit nicht etwa (was für viele Menschen in der Gegenwart ja sehr naheliegend ist) der Leser auf den Gedanken kommt, die Arbeiterschaft solle mit aller Kraft und Energie dagegen kämpfen, daß dieser Leichenstein sie nicht mit zerschmettert, wird noch einmal ausdrücklich hervorgehoben: „Für das Proletariat ist dringendste Aufgabe, mittels des dialektischen Materialismus sein Verhältnis zum bürgerlichen Kapitalismus aufzuklären und die Triebkräfte der geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft überhaupt zu erkennen.“

Meines Erachtens wäre es gerade in der Gegenwart die dringendste Aufgabe des „Freidenker-Verlags“ gewesen, alles daran zu setzen, die Verbreitung solcher Theorien zu verhindern, nach denen es den Menschen nicht möglich ist, die Gesellschaft möglichst vollkommen zu gestalten, und sie sich daher begnügen müssen, zu erkennen, welches notwendige Erzeugnis eintreten wird.

Schaxel ist als Dialektiker der Ansicht, daß es Widersprüche nicht nur zwischen den Behauptungen der Menschen gibt, sondern auch in der Natur selber (er spricht in anderen Schriften in der Tat von den Widersprüchen bei Naturerscheinungen). Und der erwähnte Satz soll vielleicht auch einen solchen in der Natur der Gesellschaft vorhandenen Widerspruch behaupten; denn was hier die Dialektik angeblich zeigt, ist in der Tat widerspruchsvoll. Es bedeutet nämlich: Es ist unmöglich, ein so vollkommenes Gesellschaftssystem zu verfertigen, wie man es möglicher Weise verfertigen kann. Kurz: Das Mögliche ist unmöglich. Es wäre ein nutzloses Unternehmen, für diesen Sinn des Satzes (und einen anderen Sinn kann ich aus seiner Formulierung nicht erkennen) eine Begründung zu suchen.

Sogar die Deutschnationalen beschwerten sich über den nationalsozialistischen Bundesgenossen.

Wir berichteten vor einigen Tagen über den oldenburgischen Nazi-Ministerpräsidenten Röver, der folgende sadistische Äußerung getan hatte:

„Die Burschen werden noch was erleben, wenn Hitler an der Macht ist.“ „Wir sagen euch, euch wird nichts geschenkt, ihr Lumpen und Volksverräter.“ — „Ich garantiere diesen Schweinehunden, daß sie gehenkt werden, und wir werden sie so lange hängen lassen, bis die Krähen sie gefressen haben.“

Über den gleichen Herrn nun beschwert sich der Fraktionsführer der deutschnationalen Fraktion im Reichstag, Dr. Oberfohren, bei Herrn von Gayl bitter:

„... Wir Deutschnationale lehnen den Begriff des Parteistaates schlechthin ab. Infolgedessen muß ich die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf einen Vorgang lenken, in dem der derzeitige oldenburgische Ministerpräsident Röver ohne Rücksicht auf sein hohes Amt als Parteiagitator alle gebotenen Grenzen überschritten hat. Ministerpräsident Röver hat folgende Ausführungen gemacht.

„Jeder, der die 25 Thesen Hitlers gelesen hat und sie nicht anerkennet, ist ein Lump, ist nicht reif für die große Schicksalsgemeinschaft... Die Deutschnationalen sind auch solche Lumpen, die die roten Farben vorschandeln wollen. Die Deutschnationalen lösen jetzt ihre Fratze. In Harzburg haben sie ein falsches Spiel getrieben und sie sind Verräter am Volke geworden. Niemals wäre ich so hart geworden,

wenn das Gesindel nicht so gemein geworden wäre. Gebt am Sonntag den Lumpen die Quittung.“

Die Form und die Häufung dieser Beschimpfungen ist offenbar für die Persönlichkeit des Herrn Röver so charakteristisch, daß es sich wohl völlig erübrigt, sich dagegen irgendwie sachlich besonders zu verwahren. Ich halte mich aber für verpflichtet, Ihnen, Herr Minister, gegenüber den schweren Bedenken Ausdruck zu geben, daß jetzt die in Preußen von Ihnen geheimte parteipolitische Einseitigkeit der Staatsführung in anderen Ländern wieder auflebt. Ich richte deshalb an Sie die Bitte, auf den derzeitigen Ministerpräsidenten von Oldenburg hinzuwirken, daß er in seinem künftigen Auftreten den Umstand beachtet, daß er als Ministerpräsident nicht in den Formen auftreten darf, die ihm als parteipolitischen Führer angemessen erscheinen mögen. Die Würde des Staates und des Beamtenstandes machen eine solche Einwirkung von Reich wegen erforderlich.“

Die Erziehungsvorläufer Herrn von Gayls werden wahrscheinlich auf harten Boden fallen. Uns macht das nicht traurig. Die Deutschnationalen mögen sehen, wie sie die Geister, die sie riefen, wieder los werden.

Im übrigen hat sich auch die Staatspartei über die NSDAP bei Herrn von Gayl, und von Papen beschwert, weil die Nazis in einer scheußlichen Weise eine Versammlung der Staatspartei in Dessau planmäßig gesprengt haben.

sich die SPD immer noch befindet: Politische Transparente wechselten ab mit Volksbelustigungsspielerchen.

Natürlich hallte der Platz wider von „Freiheit!“-Rufen, als eins der politischen Transparente nach dem anderen erleuchtet wurde. Aber die Mischung von solchen politischen Rufen mit den Ausdrücken der Volksbelustigung, ein paar Minuten später, erweckte kein erhebendes Gefühl.

Kurzum: typisch SP. Sehr viel an guten Kräften war ganz offensichtlich vorhanden. Die Organisation ist nach wie vor fest; aber keine Entschlossenheit, keine Entschiedenheit, keine Führung.

Die Vereinigung der beiden Arbeiter-Lager wäre wichtig, nicht nur, um die äußere Einheit in der Einheitsfront zum Ausdruck zu bringen, sondern auch, um die guten Qualitäten, die sich in beiden Lagern finden, zu verbinden. Die unterschiedene Kampfbereitschaft und der größere Ernst der Kommunisten, verbunden mit der größeren Ruhe und der disziplinierten Festigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter — das wäre die richtige Legierung, das richtige Metall.

Die vertriebenen Veteranen.

Die amerikanische Polizei, die mit Unterstützung der Militärmacht gegen die demonstrierenden Kriegsteilnehmer in Washington vorgegangen ist, hat ihr Werk so gründlich durchgeführt, daß nun Tausende dieser Veteranen obdachlos in dem an das Washingtoner Gebiet angrenzenden Columbia-Distrikt umherirren. Die Polizeibehörden der benachbarten Staaten haben an ihren Grenzlinien starke Posten aufziehen lassen, um den Demonstranten den Zugang zu verweigern. Hoover, der das unbarmherzige Vorgehen seiner Polizei zunächst als eine berechtigte Maßnahme gegen „Kommunisten“ gedeckt hatte, ordnet nun eine strenge Untersuchung der Vorgänge an, die zur Räumung des Demonstrantenlagers geführt haben.

Ein Teil der Demonstranten ist auf Staatslastwagen nach Pennsylvania abgeschoben worden, ein anderer Teil hat in Washington auf einem Privatgelände ein neues Lager errichtet und droht mit einem harten Kampf, falls auch dieses Lager angegriffen wird. Der Führer der Veteranen, Waters, beabsichtigt, wie es heißt, die Organisation eines neuen „Marches auf Washington“.

Krieg dem Krieg! Krieg dem Faschismus! Kampf für proletarische Einheit!

Unsere öffentliche Kundgebung am 1. August fällt dem „inneren Frieden“ zum Opfer, den der Reichspräsident verordnet hat.

Das darf uns nicht hindern, nun erst recht in uns allen die Zeit vor nunmehr achtzehn Jahren mit aller Kraft wachzurufen.

Drückt am 31. Juli Hindenburg und seinen Leuten euer Mißtrauen aus. Sorgt dafür, daß kein Linkswähler zu Hause bleibt! Wer nicht zur Wahl geht, wählt damit Papen!

Kämpft für proletarische Einheit!

Übertragbare Kinderlähmung.

Auf Anordnung der Gesundheitsämter sind die Kindertagesstätten im Stadtkreis Schneidemühl wegen gehäuften Auftretens der übertragbaren Kinderlähmung zunächst bis zum 10. August d. J. geschlossen worden. Die gefährliche Krankheit, die weiter um sich greift, hat bisher drei Todesopfer gefordert. Man befürchtet noch weitere Todesfälle.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SP 36, Elisabethufer 28/29.

Anti-Kriegskundgebung.

Unter dem Thema: „Neuer Weltkrieg droht“ veranstaltete das Bezirkskomitee des „Internationalen Kongresses gegen den Krieg“ in Frankfurt a. M. eine Versammlung. Dr. H. Mühlestein machte als Beweis für den bereits im Gang befindlichen Krieg auf das unerhörte Vorgehen Japans gegen China aufmerksam und auf die immer deutlicher zum Ausdruck kommende Absicht Japans, auch gegen Rußland vorzugehen. Hierzu las er u. a. aus einem Buch eines japanischen Generals vor, worin dieser unumwunden aussprach, daß es die Absicht Japans sei, „Rußland auf das Haupt zu schlagen“.

ja, wo dieser sogar davon schrieb, später auch gegen Amerika vorzugehen. In diesem Buch betonte der japanische General, daß Japan eine hohe Mission zu erfüllen habe, nämlich den Bolschewismus zu vernichten. Japan hoffe dabei auf die Hilfe der anderen Staaten.

Mühlestein berichtete ferner von dem auch im „Funken“ bereits zur Sprache gebrachten Aufruf von Henri Barbuse, worin dieser Tardieu und andere prominente Regierungsbeamte anklagt, die Ermordung des früheren

Deutsche Friedensgesellschaft Ortsgruppe Berlin:

Mitgliederversammlung am Montag, dem 1. August 1932, 20 Uhr, bei Kliems, Hasenholde 18—15.

Referent: Hein Herbers

Thema: 1. August 1914 — 1. August 1932

Mitgliedsausweis mitbringen!

französischen Ministerpräsidenten Doumer dadurch begünstigt zu haben, daß sie nichts gegen die vorher bekannt gewordenen Anzeichen einer solchen Tat unternommen hätten. Dieser Mord sei im Interesse der Kriegshetze ausgeführt worden.

Mühlestein vertrat die durchaus begründete Ansicht, daß die in Deutschland jetzt so intensiv betriebene Luftschutzübungen lediglich im Interesse der Kriegspropaganda liegen, und er wies darauf hin, daß in jüngster Zeit in einigen Nummern des Mitteilungsblattes des Reichswehrministeriums Hetzartikel gegen die Sowjetunion erschienen sind. Mühlestein schloß sein Referat:

„Wer einen Krieg nicht will, muß erstens den Ausbruch desselben verhindern helfen und zweitens, falls er doch ausgebrochen ist, ihn sabotieren.“

Die Worte Mühlesteins wurden von einer Reihe von weiteren Rednern unterstrichen. Eine Rednerin betonte die Notwendigkeit, gegen den Kriegsausbruch zu arbeiten, beruhigte sich aber leider mit der Resolution der II. Internationale vom 20. Mai 1932 in Zürich: „Die II. Internationale hat beschlossen: Hände weg von der Sowjetunion!“ Ein anderer Redner wies darauf hin, daß die Arbeit des Kongresses die Mobilisierung der Arbeiter bezwecken müsse. Nur wenn Teilstreiks durchgesetzt würden, die zu einem Generalstreik führten, wäre der Krieg in Gefahr.

Bereits in Nr. 118 des „Funken“ vom 22. Mai d. J. hatten wir zu dem von Henri Barbuse, Romain Rolland und anderen Kriegsgegnern gebildeten Internationalen Komitee, das diese Aktion veranlaßt hat und durchführt, Stellung genommen. Wir schrieben damals:

„Die Anhäufung so gewaltiger moralischer Kräfte, wie sie in diesem Initiativ-Komitee vor sich gegangen ist, bedeutet fraglos einen guten Schritt gegen den Krieg. Aber eben doch nur einen Schritt. Dieses Komitee muß die organisierte Arbeiterbewegung mit auf den Weg nehmen. Nur wenn deren revolutionäre Kräfte mit einbezogen werden in den Kampf gegen die Kriegsverbrecher, dann kann ein solches Komitee Segen stiften. Im anderen Falle bleibt es ein bloßer Protestverein.“

Der vorbereitende Abend in Frankfurt a. M. zeigte leider, daß der auch von Barbuse erhobene Appell zur Teilnahme der Arbeiter noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Warum war unter den Rednern kein Arbeiter? Die Anti-Kriegsbewegung ist keine Sache, die an der Einsicht scheitert, sie scheitert am Willen der am Krieg Interessierten. Dieser Wille wird nicht durch Aufklärung gebrochen. Aufklärung, die generationenlang ohne nachfolgende Taten bleibt, büßt dadurch an Wirksamkeit ein. Man findet sich mit diesen Prodigien ab. Das krassste Beispiel dafür ist die Ethik des Christentums. Was der „ewige Friede“ braucht, sind nicht neue Auflagen der Kantischen Schrift, sondern ein organisierter Proteststreik des Proletariats, dessen Führer sich nicht der Erkenntnis verschließen dürfen, daß sie bei einem solchen Streik bereit sein müssen, aufs Ganze zu gehen.

Die Kundgebung der Eisernen Front.

Bei der Kundgebung der Berliner Eisernen Front im Neuköllner Stadion am Freitagabend war in mancher Hinsicht eindrucksvoller als die KP-Kundgebung am Donnerstagabend. Der Aufzug der Formationen war ein — natürlich — weitaus stärkerer als bei der KP.

Der Aufwand, den die Veranstalter bei dieser Gelegenheit trieben, war außergewöhnlich: ein Feuerwerk fand statt, und mehrere Flugzeuge kreisten über dem Stadion und den angrenzenden Häuserblocks und forderten zur Wahl der Liste I (SPD) auf.

Die Hauptrede hielt Siegfried Crummenerl, das jüngste Mitglied des Parteivorstandes der SPD. Er wies darauf hin, daß die Zustände in Deutschland — „dem Land der Philosophen“ (!) — schlimmer seien, als man sie früher auf dem Balkan gekannt habe. Denen, die in den Kämpfen mit den Nazis gefallen seien, schwören wir, so sagte der Redner, daß eher der letzte Mann verderben soll, als daß die Freiheit sterbe.

Crummenerl konnte es sich nicht versagen, über die KPD herzuziehen. Sie habe noch am 14. Juli der Zentrale erklärt, der Hauptfeind sei die Sozialdemokratie. Sie schüre den Bruderkrieg. Die Kommunisten müßten begreifen, daß die SPD der Granitblock sei, an der die Reaktion scheitern werde. Je stärker die SPD sei, um so stärker sei die Freiheit. Um so geachteter sei Deutschland in der Welt. (1) An dieser Rede war man den Einwirkungen der KPD, das etwaige Verbot der KPD am Ende als eine Chance zu ihren der SPD Gunsten buchen und sich darüber so wenig aufregen werde wie über das Verbot der Internationale Proletarischer Freidenker.

Nach Crummenerl sprach Robert Breuer. Er hielt ungefähr die gleiche Rede wie am Donnerstag in Tempelhof, worüber wir gestern berichteten.

Das kurz darauf einsetzende Feuerwerk dauerte eine Stunde. Es war charakteristisch für die Verfassung, in der

Erstklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge, Mäntel
Damen - Mäntel, Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr. 104, H.r.l.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität: **Anfertigung moderner Tisch- u. Nachttischlampen**
G. Funke
Elektrotechniker
Göttingen, Judenstr. 3 III

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werkt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Berzengt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 54/1

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.
Ab 29. Juli: G. W. Pabst

Westfront 1918
(Vier von der Infanterie).
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

„Wählt Sozialismus und Demokratie und ihr seid frei?“

Mit diesen Worten ruft der Ma-Bundesvorstand und viele andere Gewerkschaften mit der SPD zur Wahl für den 31. Juli auf. Wer aber auf die Demokratie baut, der leistet dem Sozialismus einen schlechten Dienst, das haben gerade die Ereignisse vom 20. Juli in Preußen deutlich gezeigt.

Demokratie und Führerschaft.

Von LEONARD NELSON
3. Auflage. 1932. 176 Seiten.
Broschiert 2,40 RM
Ganzleinen 3,40 RM

„Und so lehrt uns denn auch ein Blick auf die Geschichte, daß alle die schönen Hoffnungen, die man auf die Demokratie gesetzt hat, nicht in Erfüllung gegangen sind. Die Demokratie hat uns nicht, wie man uns versprochen hat, den Frieden gebracht, nicht die Gedankenfreiheit, nicht die soziale Befreiung und die allgemeine Harmonie der Interessen. Aber leider beherrscht die demokratische Ideologie die Gemüter in dem Grade, daß man die Unbefangenheit verloren hat, aus der Geschichte, aus der Erfahrung zu lernen.“

Aus dem Inhalt:
Verlag „Öffentliches Leben“
Berlin S 11, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 51842

Brünings Enthüllungen über Hugenberg und sich selber.

Das Zentrum veranstaltete am Freitag in Berlin eine Riesenkundgebung, bei der der Sportpalast und die Tennis-hallen, also die beiden größten Räume, überfüllt waren. Im Mittelpunkt stand die Rede Brünings. Sie brachte auch nur wieder eine Bestätigung der von uns oft gezeigten furchtbar reaktionären Rolle dieses ehemaligen Kanzlers.

Brünings ging auf die Vorwürfe ein, die Hugenberg ihm gemacht hatte: man habe die Rechte von der Beteiligung an der Regierung planmäßig ausgeschaltet. Wie Brünings überzeugend nachwies und wie das außerdem auch jeder einigermaßen unterrichtete Mensch wissen oder mindestens sich denken konnte, ist der Rechten mehr als einmal Gelegenheit geboten worden, sich auch aktiv an der Regierung zu beteiligen. Wir bringen hier einige Worte Brünings, die für sich sprechen:

„Hätte man die Krise im Reichskabinett nicht so beschleunigt, so wäre es möglich gewesen, wie ich es wollte, alsbald zu einer Regierung mit der Rechten zu kommen. Man konnte zur Umbildung im Reich den dafür günstigsten außenpolitischen Moment abwarten. . . . Ich habe das schwere Amt des Reichskanzlers auf Grund der mir im Frühjahr 1930 gemachten Mitteilung übernommen, daß Hugenberg für die Uebernahme der Verantwortung nach dem Sturz des Kabinetts Müller nicht in Frage kam. Ich habe ein Kabinett gebildet, das sich aus konservativen Männern zusammensetzte, das auf der Unterstützung der Deutschnationalen fußte, und im Anfang ist es gelungen, die Deutschnationale Partei größtenteils für die Unterstützung dieses Kabinetts zu gewinnen.

Ich habe damals in Zeugengegenwart Hugengebors in einer Unterredung gesagt, wenn er die Regierung mit der Deutschnationalen Partei unterstütze, sei es selbstverständlich, daß dann die Zentrumsparlei, wenn die Sozialdemokratie im Reich in der Opposition zur Regierung stehe, die Konsequenzen in Preußen nach einiger Zeit ziehen würde. . . . Ich nehme zu Gunsten Hugengebors an, daß er nicht weiß, daß ich nach meinen September-Besprechungen mit den Parteien im Oktober dem Reichspräsidenten vorgeschlagen habe, eine Rechtsregierung ohne mich unter gewissen Voraussetzungen zu bilden. Es hat nicht an mir gelegen, wenn dieser Vorschlag nicht angenommen worden ist.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Brünings dann auf die Vorwürfe ein, die Herr Schacht, der Amateur-Politiker, gegen ihn erhoben hatte. Wir können es uns hier versagen, den Frosch-Mäuse-Krieg, den dieser politische Stümper gern entfesseln möchte — vielleicht nur, um sich wichtig zu machen — hier näher zu beleuchten. Aber wir müssen immer wieder darauf hinweisen, wie ungeheuer schlecht aufgehoben eine Arbeiterpartei an der Seite des Zentrums ist, das, wie auch hier Herr Brünings ganz offen zugibt, in politischer Hinsicht durch Opportunismus geleitet wird.

Radiolehrstunden über Nationalismus.

Am Freitagabend und in der Mitternachtsstunde gingen über alle deutschen Sender und nachts außerdem über die amerikanischen zwei Reden.

Wenn Hitler mit vibrierendem Bariton spricht, so dröhnt Gregor Straßer, der den vielleicht schon heiser geschrienen Führer der Partei vertrat, im Bierfuß. Er kommandierte den neudeutschen Idealismus, was einem Idealismus noch niemals zuträglich gewesen ist. Der Glaube an Ideale ermißt sich bei ihren Vertretern daran, wie weit diese ihnen die Macht zutragen, vor der freien Einsicht des Menschen Gehör zu finden. Danach beurteilt, steht es mit den Idealen der Straßerschen Politik sehr windig. Der Unteroffizierten, mit dem hier Zucht, Ordnung, Disziplin und Nationalgefühl zu Tugenden gestampelt werden, entspricht übrigens völlig den Methoden, die Straßer zur Durchsetzung seiner Absichten empfiehlt. Der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ wird dazu

heuren Macht der gewerkschaftlichen Kräfte des Proletariats, die ihm den Weg zum Aufstieg versperren, will er sich nicht wunden lassen. . . . Diese unnützen Vorstadtplänkeleien, die jeden Sonntag in der Umgebung der Großstädte Deutschlands zwischen den Hitlerschen Sturmabteilungen, die nur noch Gefangene von sechs Millionen nationalsozialistischer Wähler sind, und den bewaffneten Gruppen der kommunistischen roten Garden vor sich gehen, passen sowohl ins Spiel der großen gewerkschaftlichen Organisationen und der parlamentarischen Sozialdemokratie, als auch in das der Reichsregierung, der nationalsozialistischen Wählermassen und der Rechtsparteien. Es muß doch jemand den Kommunisten Zurückhaltung und Bescheidenheit beibringen.

Worauf wartet denn Hitler, um seinen gefährlichen Opportunismus aufzugeben? Bis die nationalsozialistische Revolution eine Gefangene des Parlaments ist? Er fürchtet, außerhalb des Gesetzes gestellt zu werden. Dieses Zerrbild Mussolinis, das sich als Befreier des deutschen Vaterlandes aufspielt, ist kein Sulla, kein Cäsar, kein Cromwell, kein Bonaparte oder Lenin. . . . Wieviel verlorenene Gelegenheiten! Wie oft hätte er sich des Staates bemächtigen können, wenn er es verstanden hätte, die günstigen Umstände zu nutzen! Trotz seiner Beredsamkeit, seinen Wahlerfolgen, seiner Aufstandsarmee, trotz dem unlegbaren Ansehen seines Namens und trotz den Legenden, die sich um seine Figur als Agitator, Massenfürher, heftiger und skrupelloser Catilinarier gebildet haben, trotz den Leidenschaften, die er um sich erweckt und seinem gefährlichen Zauber auf die Einbildungskraft und den Abenteuergeist der deutschen Jugend, ist Hitler nur ein versagender Führer. In Moskau habe ich einen Bolschewiken, einen der besten Mitarbeiter Trotzki's am Oktoberaufstand 1917, über Hitler folgendes merkwürdige Urteil abgeben gehört: „Er hat alle Fehler und alle Vorzüge Kerenskis. Auch er ist, wie Kerenski, nur eine Frau.“

Hitlers Geist ist wirklich tief weiblich: seine Intelligenz, sein Ehrgeiz, selbst sein Wille haben nichts Männliches. Er ist ein schwacher Mensch, der sich in die Brutalität flüchtet, um seine mangelnde Energie, seine überraschende Schwächen, seinen krankhaften Egoismus, seinen grundlosen Hochmut zu maskieren. Fast alle Diktatoren sind eifersüchtig, und ihre Eifersucht bestimmt ihre Art, die Menschen im Zusammenhang mit den Ereignissen zu beurteilen. . . .

„Zur Sicherung des inneren Friedens!“

Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen: „Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

Für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 sind alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen, die zu politischen Zwecken oder von politischen Vereinigungen veranstaltet werden.

§ 2.

Die Bestimmungen der Zweiten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 355) in der Fassung der Dritten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 22. Juli 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 385) bleiben mit der Maßgabe unberührt, daß für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 auch alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel, die in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden sollen, verboten sind.

§ 3.

Wer eine Versammlung, die nach den Bestimmungen dieser Verordnung verboten ist, veranstaltet, leitet, in ihr als Redner auftritt oder den Raum für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Wer an einer solchen Versammlung teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark bestraft.

verhelfen und die Erziehung, die diese Herren einführen werden. Dafür nur ein Beispiel: „Die Erziehung der deutschen Jugend zu unbändigem Stolz auf die Geschichte ihres Volkes ist das für alle Zeiten wirksame Mittel gegen das Gift der Internationalität.“ Das ist die Pädagogik, die nach der Regel geht: „Ignoranz und Stolz wachsen auf einem Holz“, eine Regel, die die Nationalsozialisten übrigens längst auf allen Gebieten, der Politik, der Wirtschaft, der Kultur verfolgen, wie das auch in der Straßerschen Rede, die mit den Problemen, vor allen Dingen der künftigen Wirtschaftspolitik, in bloßen Kapitelüberschriften stecken blieb.

Herr von Papen parlierte diesmal englisch. Er parlierte inhaltlich mit dem gleichen Mangel, der seine Lausanner Konversationen ausgezeichnet hat. Was ist das für ein Standpunkt, zumal von seiten eines Mannes, der das Wort von „nationaler Ehre“ dauernd im Munde führt, die Kämpfe im eigenen Land vor einem Volk breitzutreten, dessen Regierung sich in Lausanne und Genf auf die Seite Frankreichs und Englands gestellt hat? Was ist es für eine Methode, die kommunistischen „Volksgenossen“, — denn Ihnen, Herr von Papen, muß man es einmal sagen, daß es für Sie Volksgenossen sind —, Volksgenossen, die man schon fast zu Tode gehetzt hat, für die Willkürakte, die Deutschland heute erlebt, verantwortlich zu machen, und das ausgerechnet vor Amerika, wo die Kommunisten völlig vogelfrei sind.

Dieses Maß an Unritterlichkeit gegenüber Menschen, die sich für politische Ideale einsetzen, mag man zu diesen Idealen im übrigen stehen, wie man will, fänd sein Gegenstück in dem Klagegedicht über die „diskriminierenden Bestimmungen“ des Versailler Vertrags. Weiß Herr von Papen nicht, daß die Amerikaner sich als sehr gelassen bewährt haben bei solchen Appellen? Daß sie den Europäern stets geraten haben, ihre Angelegenheiten selber in Ordnung zu bringen und daß sie dementsprechend handeln?

Sehr schade, daß es noch keine Fernseher gibt, die es ermöglicht hätten, das Gesicht des Herrn Borah zu sehen, während er diesen Radioübertragungen des deutschen Reichskanzlers lauschte.

Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin hat im Einvernehmen mit dem städtischen Zentralwohnungsamt beschlossen, mit dem 1. August das Erscheinen des amtlichen Wohnungsanzeigers einzustellen.

Hitler ist eifersüchtig auf die, die ihm geholfen haben, eine der sichtbarsten Figuren des politischen Lebens in Deutschland zu werden. Er fürchtet ihren Stolz, ihre Energie, ihren Kampfgeist, diesen mutigen und uneigennütigen Willen, der aus den Hitlerschen Sturmabteilungen ein gefährliches Machtmittel schafft. Er wendet seine ganze Brutalität an, um ihren Hochmut zu dämpfen, ihre Gewissensfreiheit zu ersticken, ihre persönlichen Verdienste zu verdunkeln, seine Anhänger in würdelose Diener zu verwandeln. Wie alle Diktatoren liebt Hitler nur die, die er verachten kann. Sein Ehrgeiz ist, eines Tages das ganze deutsche Volk im Namen der Freiheit, des Ruhmes und der Macht Deutschlands verderben, demütigen und knechten zu können. . . .

Es ist überraschend, daß Hitler noch nicht gegen einen allgemeinen Aufstand seiner Stoßtruppen zu kämpfen gehabt hat. Die Teilmutterereien, die in ganz Deutschland in den Kampfgruppen Hitlers einander folgen, sind vielleicht nur die ersten Anzeichen einer unvermeidlichen Krise. Der Opportunismus während einer Revolution ist ein Verbrechen, das gesühnt werden muß. Wehe den Diktatoren, die sich an die Spitze einer revolutionären Armee stellen und vor der Verantwortung eines Staatsstreichs zurückschrecken. Es mag vorkommen, daß es ihnen gelingt, sich durch List und Zugeständnisse auf legale Weise in den Besitz der Macht zu bringen, aber die Diktatoren, die das Resultat einer „Combinazone“ sind, bleiben halbe Diktatoren. Sie haben keinen Bestand. Das Gesetz einer Diktatur besteht in ihrer revolutionären Gewalt: der Staatsstreich gibt ihr die Kraft, sich auf festem Grunde aufzurichten. Vielleicht ist es das Schicksal Hitlers, durch ein parlamentarisches Kompromiß zur Macht zu gelangen. Will er der Revolte seiner Kampfgruppen zuvorkommen, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als sie von der Eroberung des Staates abzulenken und sie ihre revolutionäre Rolle statt auf der Bühne der Innenpolitik auf der Bühne der Außenpolitik spielen zu lassen. Sind die Ostgrenzen nicht seit einiger Zeit das Hauptthema Hitlers? Aber die Tatsache, daß die Zukunft Deutschlands eher von einem parlamentarischen Kompromiß abhängt als von einem Staatsstreich, ist von größter Bedeutung. Ein Diktator, der nicht wagt, sich durch revolutionäre Gewalt in den Besitz der Macht zu bringen, wird Westeuropa, das entschlossen ist, seine Freiheit bis zum Äußersten zu verteidigen, keine Furcht einjagen.“

§ 4.
Diese Verordnung tritt mit dem 31. Juli 1932 in Kraft, Neudeck, den 29. Juli 1932.“

Die amtliche Verlautbarung dazu:

Amlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 31. Juli bis 10. August befristet. Nach der starken politischen Erregung, welche die Wahlzeit mit sich gebracht hat, soll das Verbot den politischen Frieden fördern. Es ist der Wunsch des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung, daß nach durchgeführtem Wahlkampf die politischen Leidenschaften wenigstens einige Tage lang ruhen sollen. Die letzten Wochen haben, wie der Bevölkerung bekannt ist, außerdem an den Dienst der Polizeibeamten so ungewöhnlich hohe Ansprüche gestellt, daß auch ihnen eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt werden muß.

Mit dieser neuen Notverordnung, deren Begründung sich so menschenfreundlich liest, soll wahrscheinlich verhindert werden, daß das Wahlergebnis unmittelbar nach der Wahl in öffentlichen Versammlungen diskutiert wird. Ein beschämendes Maß von Bevormundung hat das deutsche Volk erreicht; die Hitze seiner Leidenschaften wird ihm vom Herrn Reichspräsidenten nach dessen Wünschen temperiert.

Ungarische Kommunisten hingerichtet.

Vor etwa zwei Wochen wurde in Ungarn eine Schar von über zwanzig Kommunisten verhaftet unter der Anklage, Unruhen für den 1. August vorbereitet zu haben. Zwei führende Funktionäre von ihnen, Szallay-Holländer u. Fürst, haben jetzt wenige Tage vor dem ungarischen Standgericht gestanden. Am Freitag nachmittag wurde das Urteil gesprochen: Tod durch den Strang. Bereits zwei Stunden später war das Urteil vollstreckt.

Was war ihr Verbrechen?
Sie waren Funktionäre der in Ungarn verbotenen kommunistischen Partei: sie haben vor 13 Jahren in der ungarischen Räterepublik führende Stellungen eingenommen, wofür sie noch heute von der Reaktion verklagt werden. Das war es, was gegen sie vorlag und um dessentwillen die für den 1. August getroffenen Vorbereitungen auffrisirt wurden als „Versuch eines gewaltsamen Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“.

Die Subventionshetze.

Die Telegraphen-Union teilt folgendes mit: Nachdem sich bereits vor kurzem herausgestellt hat, daß die „Kölnische Volkszeitung“ 2 Millionen von der Regierung Braun-Severing erhalten hatte, ist nunmehr — wie wir erfahren, — festgestellt worden, daß diese Zeitung auf dem bekannten „Umwege“ durch die Preußenkasse kurz vor der Entfaltung der Regierung Braun-Severing aus dem Amte noch einmal 2 Millionen erhalten hat.

Bekanntlich hat die „Kölnische Volkszeitung“ gestern erklärt, von der Preußenregierung keinerlei Subvention erhalten zu haben. Hoffentlich werden die neuen Behauptungen der Telegraphen-Union eindeutig und vor Gericht geprüft.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funkens“.

G. E. in K. 5,— M.; H. E. in K. 10,— M.; E. B. in J. 100,— M.; R. K. M. in L. 10,— M.; J. S. in B. 1,50 M.; B. W. in B. 0,40 M.; unbekannt 0,75 M.; R. L. in B. 46,25 M.; E. F. in F. 175,— M.; ungenannt in K. 5,— M.; Haushalt M. in H. 20,85 M.; P. G. in B. 3,— M.; G. B. in B. 7,— M.; A. S. in D. 10,56 M.; E. O. in H. 51,— M.

Kirche und Faschismus.

Die „Ecclesiastica“ berichtet in ihrer kirchlichen Chronik mit Stolz von den Fortschritten, die die katholische Kirche in ihrem Einfluß auf die faschistische Jugendbildung in Italien erzielt hat.

Meldung vom 4. Juli: Das Ministerium für nationale Erziehung in Italien hat 1000 Geistliche zu Kaplänen der faschistischen Jugendorganisation „Balilla“ ernannt.

Meldung vom 11. Juli: Der Papst hat eingewilligt, daß die „geistlichen Beistände“ der „Balilla“ auch außerhalb ihres eigenen kirchlichen Gebiets die Beichte der „Balilla“-Mitglieder hören, ihnen predigen und auch auf freiem Felde „an schieklich hergerichteten und nur hierfür verwendetem Ort“ die Messe lesen dürfen. Auf diesem Weg soll es erreicht werden, daß auf mehrtägigen Ausmärschen den Teilnehmern auch werktags der Besuch der Messe möglich gemacht wird.

Die „Balilla“-Organisationen umfassen acht bis vierzehnjährige Kinder, die systematisch nationalistisch und militärisch gedrillt werden. Wir haben erst vor wenigen Tagen (in der Nummer vom 20. Juli) über die Abrichtung berichtet, der diese Kinder unterworfen werden und durch die sie zu gefügigen, des Umgangs mit Waffen kundigen Werkzeugen in der Hand Mussolinis werden.

An den Ausmärschen dieser Organisationen nehmen katholische Priester als Erzieher und „Seelsorger“ dieser Kinder teil! Sie tun es unter der ausdrücklichen Zustimmung Mussolinis, der sie hierfür eingestellt hat, und ihres kirchlichen Oberhauptes, das ihre kirchlichen Befugnisse den Anforderungen solcher Märsche angepaßt hat.

Diese Tatsachen genügen für sich allein vollständig, die Haltung der katholischen Kirche imperialistischen und nationalistischen Machtgelüsten gegenüber zu charakterisieren. Mag das, was diese Priester den Kindern auf ihren militärischen Märschen erzählen, dem Wortlaut nach so friedlich klingen, wie es will, die Tatsache, daß sie im Einverständnis und im Auftrag ihrer weltlichen und kirchlichen Obrigkeit mitmarschieren, zeigt schon den Kindern mit anschaulicher Deutlichkeit, daß

die Kirche diese militärischen Unternehmungen deckt, daß sie schon jetzt im Frieden, die Waffen für den Gebrauch im künftigen Krieg segnet.

Arbeiternot ist Bauerntod.

Zu niedrige Kaufkraft der deutschen Arbeiterschaft, — das ist die Hauptursache der deutschen Wirtschaftskrise. In der Krise ist die Kaufkraft der Arbeiterschaft noch kleiner geworden. Unter dieser Kaufkraftschumpfung leiden die *Landwirte*, genau: die *Bauern*; denn die Großgrundbesitzer werden Brot und Kartoffeln auch in den heutigen Krisenzeiten zu hohen Preisen los, weil der Staat ihnen ein Monopol auf Belieferung des Inlandsmarktes verschafft hat. Gewiß, auch viele Bauern haben Nutzen von hohen Getreidepreisen; sie haben aber fast sämtlich gleichzeitig größeren Schaden von den niedrigeren Preisen für Milch, Eier und Fleisch.

Warum sind die Preise für diese Produkte so niedrig? Weil die städtische Bevölkerung bei ihrer geringen Kaufkraft nicht mehr bezahlen kann!

Was kann geschehen, um in dieser Lage den Bauern zu helfen? Wir haben immer wieder gesagt: Nur die Steigerung der Kaufkraft der Industriearbeiterschaft kann den Bauern aus ihrer Not heraushelfen. — Zu dieser Erkenntnis ist nunmehr auch ein Agrarier gekommen, der Reichsminister und Ostkommissar im Kabinett Brüning: Schlangenschönungen.

Da seine Worte manchen Bauern vielleicht eher überzeugen als unsere Worte, geben wir hier wieder, was dieser

Großgrundbesitzer vor einigen Tagen in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 337, vom 15. Juli) geschrieben hat:

„So haben wir tatsächlich eine noch nie dagewesene Situation. Alle alten Mittel werden versagen. Sie haben bereits versagt. Allzu lange haben sich die führenden Kreise der Volkswirtschaft in veralteten Gedankengängen bewegt, grade auch die Führer der Landwirtschaft. Während industrielle Führer das Heil suchten im Export um jeden Preis, haben landwirtschaftliche Führer allzu lange an das Allheilmittel der ehemaligen Zollpolitik geglaubt.“

Man verdoppele die Zölle, die Wirkung wird abprallen an der Mittellosigkeit der Verbraucherschaft. Man baue den Zolltarif aus bis zur vollständigen Lückenlosigkeit, die Wirkung wird ihre Grenze finden an der dahingeschwundenen Kaufkraft.

Kein Haushalt kann schließlich auf die Dauer mehr ausgeben, als er einnimmt; und wer es heute noch nicht begriffen hat, den wird der Zwang der Tatsachen allmählich lehren, daß

einseitige Lohnsenkungen und Gehaltskürzungen letzten Endes die schlechteste Agrarpolitik sind,

weil der Landwirt unter den heutigen Verhältnissen der letzte Leidtragende der Mindereinnahmen und darum auch der Minderausgaben des Konsumenten ist.“

Autos schleppen die Junker durch die Krise.

Zum Spiritusbeimischungszwang.

Im September 1930 wurde für Treibstoffe in Deutschland ein Spiritusbeimischungszwang verordnet. Zur Zeit müssen dem Treibstoff Benzin 6 Prozent Spiritus beigemischt werden. Augenblicklich plant man, den Prozentsatz zu erhöhen.

In der Beurteilung des Beimischungszwanges gibt es zwei Gruppen von Meinungen. Auf der einen Seite stehen die am Spiritusabsatz interessierten Kreise, — auf der anderen Seite die Treibstoffverbraucher und die Kraftfahrzeugindustrie.

Die am Spiritusabsatz interessierten Kreise halten die Ueberführung eines Teils der Kartoffeln in Spiritus und ihre Verwendung in Treibstoffgemischen aus „betriebs- und ernährungswirtschaftlichen Gründen“ für notwendig. Was für ernährungswirtschaftliche Gründe dafür sprechen sollten, ein vollwertiges, billiges Nahrungsmittel erst zu produzieren und dann der Ernährung zu entziehen und technischen Zwecken zuzuführen, ist nicht einzusehen. Vielleicht hat man Sorge um die Ernährung der kartoffelbauenden Großgrundbesitzer Osteliens?

Eine „gemischte“ Freude.

Den Verbrauchern von Treibstoffen ist mit der Einführung des Treibstoffgemisches eine wirklich „gemischte“ Freude gemacht worden. Sie fühlen sich, wie die europäische Spitzenorganisation der Kraftfahrzeugindustrie in einem Bericht sagt, durch die „brutale Einmischung des Staates“ benachteiligt; diese mache es den Autofahrern unmöglich, sich denjenigen Treibstoff zu wählen, der ihnen am meisten zusagt.

Die Verärgerung der Treibstoffkonsumenten hat sich auf dem Markt der Kraftfahrzeugindustrie angeblich bereits durch geringere Nachfrage nach Kraftwagen bemerkbar gemacht.

Die erwähnte internationale Organisation hat sich mit der Untersuchung der Rentabilität von Treibstoffgemischen befaßt. Nach einem Bericht hierüber ist dabei festgestellt worden, daß Spiritus nur in dazu geeigneten Motoren ein guter Treibstoff ist. Die meisten Motoren, die zur Zeit im Handel sind, müßten bei Spiritusbeimischung — wenn sie rentabel arbeiten sollen — wesentlich umgebaut werden. Ist der Motor für Spiritusbeimischung umgebaut, so ist er wieder für den reinen Benzinverbrauch nicht mehr geeignet. Führt also der Staat eines Tages, um die Benzinfabrikation zu stützen, einen Benzinverbrauchsverbot ein, so würden die Treibstoffverbraucher und Kraftfahrzeugfabrikanten erneut vor der Notwendigkeit stehen, ihre Motoren umbauen zu müssen.

Schiebt man diese Frage als eine Frage der Zukunft zurück, so steht doch gegenwärtig fest: Weil die Motoren stets nur für einen der beiden Treibstoffe brauchbar sind, ergeben sich infolge des Beimischungszwanges Absatzschwierigkeiten in der Kraftfahrzeugindustrie. Nämlich die Automobilfabriken der Länder, in denen die Motoren auf Spiritusgemischverbrauch eingerichtet sind, könnten ihre Fahrzeuge in den Ländern mit reinem Benzinverbrauch nicht mehr absetzen.

Ergibt sich etwa auf der Seite der Kosten ein Vorteil, der trotz der technischen Schwierigkeiten den Verbrauch von Benzin-Spiritus-Gemisch zweckmäßig erscheinen läßt? In der folgenden Tabelle sind die Verkaufspreise der Bronnereien für Spiritus den Preisen für Benzin, frei Einfuhrhafen, gegenübergestellt.

	Hektoliter Benzin	Hektoliter Spiritus
Deutschland	6 Mark	50 Mark
Frankreich	30 Francs	850—450 Francs
Italien	40 Lire	240—250 Lire

Wir sehen, auch die finanzielle Seite bietet keinerlei Vorteile. Die Preise für Spiritus sind 6—15 Mal so hoch wie für Benzin. Der Zapfstellenspreis in Dortmund betrug im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1932 infolgedessen für 100 Liter Benzin 32,62 Mark, für 100 Liter Spiritusgemisch 36,62 Mark. Rechnet man dazu noch die Kosten, die dem Verbraucher infolge Unrentabilität des Gemisches in seinem für Benzin eingerichteten Motor entstehen, oder, falls er das vermeiden will, durch den Umbau seines Motors, so sucht man vergebens einen Vorteil, der für den Treibstoffverbraucher herauspringt, wenn er das Treibstoffgemisch verwendet.

Wer hat eine reinere Freude?

Die Nutznießer des Beimischungszwanges sind in den verschiedenen Ländern bestimmte Interessentengruppen, deren Verbindungen mit den maßgebenden Behörden so gut funktionieren, daß sie den Erlaß solcher unsinniger Verordnungen durchsetzen können. So ist es in Deutschland, in der Tschechoslowakei und in Polen der Kartoffelbau, in Italien der Weinbau, in Frankreich der Wein- und Zuckerrübenbau, in Ungarn sind es die Kornbreunereien und in einigen

südamerikanischen Staaten der Zuckerrohrbau, dem der Staat auf Kosten der Verbraucher solche Liebesgaben spendet.

Wir haben in Nr. 168 des „Funken“ berichtet, wie die Benzinindustrie durch Aufhebung der Ausgleichsabgabe zu Lasten der Treibstoffverbraucher bereichert wurde. Infolge des Beimischungszwanges werden die Junker von den gleichen Verbrauchern gestützt!

Wer Auto fährt, muß sich klar sein, daß er hinter sich die Junker durch die Krise schleppt. Der Beimischungszwang geht aber nicht nur die Autoführer an. Teurer Treibstoff erhöht die Transportkosten der Produkte und damit die Verkaufspreise. Darum trifft der Beimischungszwang alle Konsumenten.

Lotte Gensecke.

Auch Rumänien krankt an seiner „Osthilfe“.

Agrarumschuldungsgesetz eine Fehlmaßnahme!

Nach monatelangen Beratungen und Kämpfen im Parlament war in Rumänien ein Umschuldungsgesetz zustande gekommen, das nunmehr zwei Monate in Kraft ist. Schon diese verhältnismäßig kurze Zeit von zwei Monaten läßt erkennen, daß das Gesetz einen Mißerfolg darstellt und die Interessen der Kleinbauern schwer schädigt.

Gerade zur Gesundung der Betriebe der kleinen Bauern sollte das Gesetz aber angeblich dienen. Die Bauern sind seit Jahren schwer verschuldet und wurden durch die Preisstürze auf dem Markt landwirtschaftlicher Erzeugnisse dem Zusammenbruch nahegebracht, weil diesen Preisenkungen nicht andere gegenüberstehen für Artikel, die der Bauer kauft.

Die Kleinbauern nehmen, wie die Erfahrung gezeigt hat, das Gesetz nur in sehr geringem Umfang an Anspruch. Erstens ist das Verfahren zu schwierig und die Bestimmungen sind für den einfachen rumänischen Bauern viel zu unübersichtlich. Zweitens aber sind, wie berichtet wird, diese

Kleinbauern zu ehrlich und zu klug, um sich nicht zu sagen, daß durch ein Verfahren, bei dem bis zu 50 Prozent der Schulden gestrichen werden können, die Schuldnermoral verletzt und ihr Kredit aufs schwerste geschädigt wird.

Umso mehr machen die Mittel- und Großgrundbesitzer von der günstigen Gelegenheit Gebrauch, ihre Schulden, die zum großen Teil nicht einmal landwirtschaftlicher Art sind, abzuschütteln. Die ganze Umschuldungsaktion und die Art, wie sie aufgezogen wurde, sowie der große Einfluß des Großgrundbesitzes auf Parlament und Regierung in Rumänien legen den Verdacht nahe, daß die Interessen des Großgrundbesitzes allein ausschlaggebend waren bei der Fabrizierung dieses farnosen „Osthilfegesetzes“ und daß die Kleinbauerninteressen nur als Deckmäntelchen übergehängt wurden, um eine „Einheitsfront“ zwischen den Interessen der Junker und der Kleinbauern vorzutäuschen. In der Praxis erweisen

Der Rittergutsbesitzer.

Ein humoristischer Mitarbeiter gibt in der neuesten Nummer des „Freien Angestellten“ von einer Autofahrt in Ostelbien die folgende naturgetreue Schilderung:

Wir fahren seit einer halben Stunde mit dem dritten Gang durch die Landschaft.

„Immer noch Ihre Güter, Herr Rittmeister?“ fragte ich.

„Sozusagen, oder auch nicht!“ grinste Herr von Schnapphahn und schielte böshaft durchs Monokel. „Zum Schein der Gerechten ist natürlich alles übereignet. Offiziell habe ich nur poplige zwanzigtausend Morgen, denn sonst käme mir die Bando noch mit Einkommensteuer.“

„Sie zahlen keine Einkommensteuer?“

„Ich bin doch nicht verrückt. Meine Werbungskosten fressen mich auf. Immer wieder muß ich nach Berlin wegen Subventionen, und acht Tage Berlin, das kostet jedesmal die halbe Ernte. Sechsmal im Jahr bin ich in Berlin, also bleibe ich jedes Jahr mit vier Ernten im Rückstand.“

„Es ist erschütternd!“ warf ich ein.

„Na, weinen Sie man nicht! Es wird schon wieder besser, wie es in dem schönen Liede heißt. Das mit den Notverordnungen jetzt, das sind ganz nette Übungsarbeiten. Bei jedem Anfang werden Fehler gemacht, aber mit der Zeit werden wir schon den Bogen raushaben.“

Wir fahren immer noch mit dem dritten Gang. Wälder und Weizenboden wechseln miteinander ab.

„Gehört nicht mir. Ist meiner Frau überschrieben.“

Als wir über den Markt der kleinen Kreisstadt holperten, gab es einen Knall. Ich dachte erst, ein Reifen sei geplatzt. Es war kein Reifen. Es war der Finanzamtsdirektor, der die Hacken zusammenknallte, als Herr von Schnapphahn an ihm vorbeifuhr. Noch aus der Ferne sahen wir ihn in militärischer Haltung, Front nach dem Marktplatz, an der Bord-schwelle stehen.

Sichere Hypotheken.

„Vater, warum baut man denn jetzt viele Häuser mit flachen Dächern?“

„Vermutlich, damit die Hypotheken sicher darauf liegen können.“ (Aus dem „Andere Deutschland“.)

sich die Kleinbauern dann allemal als die Genepten, solange die Kleinbauern nicht selber das Heft in die Hand nehmen und für die „Vertretung“ ihrer Interessen durch Junker und Helfershelfer sich schönstens bedanken.

Die Inanspruchnahme des Agrarumschuldungsgesetzes durch den Großgrundbesitz ergibt sich aus folgenden amtlichen Angaben des Justizministeriums: Bis zum 12. Juli sind von den Kleinbauern mit dem Gesetz verbundenen Geld insgesamt 13 755 Umschuldungsanträge eingereicht worden, die eine Summe von 12,9 Milliarden Lei erreichen. Von den 13 755 Anträgen verlangen 13 227 oder 96,2 Prozent die gerichtliche Umschuldung, 488 oder 3,5 Prozent die Umschuldung durch Herabsetzung der angehäuften Zinsen, und 40 oder 1,3 Prozent die Umschuldung durch Aufschub des Zwangsvollstreckungsverfahrens.

Die Folgen sind denn auch katastrophal.

Die Banken geben heute schon keinen Kredit mehr an Landwirte, wenn sie nicht mehrfache Sicherheiten geben können. Naturgemäß leiden unter dieser Kreditsperre wieder die Kleinbauern am meisten,

da sie hohe Sicherheiten in den seltensten Fällen bieten können. So muß der kleine Bauer die gesunkene Schuldnermoral der „großen Hansen“ mitbüßen, obwohl er an den Mißständen unschuldig ist.

Nachdem auch der Finanzsachverständige für Rumänien, Rist, und die Gläubigerstaaten aus der Stabilisierungsanleihe gegen das Gesetz Einspruch erhoben haben, wird sich — nach Aussagen des rumänischen Ministerpräsidenten — das kürzlich neu gewählte Parlament wieder mit dem Umschuldungsgesetz beschäftigen, um die bisherigen Fehlerquellen auszumerzen. Wir glauben, bei der Zusammensetzung dieses neugewählten Parlaments wird gelegentlich der „Bereinigung“ des Gesetzes für die Kleinbauern nicht viel herauskommen. R. Höll.

DEUTSCHLAND

Um den Butterzoll: Landbund und Reichsverband der deutschen Industrie haben sich angeblich grundsätzlich über den Butterzoll verständigt. Die Reichsregierung wird daher, im Einverständnis mit ihren beiden Auftraggebern, voraussichtlich bald mit Holland, Dänemark und Finnland über eine Neuregelung des Butterzolls verhandeln. Sowohl das feste Kontingent von 5000 Tonnen, das zu ermäßigtem Zolltarif eingeführt werden durfte, als auch der Valutaufschlag gegenüber Dänemark wird voraussichtlich beseitigt werden. Wie stark dafür der Zollsatz erhöht wird, steht noch nicht fest.

Rückläufiger Düngemittelabsatz: Der Absatz an künstlichen Düngemitteln ist im Düngjahr 1931/32 abermals stark zurückgegangen, wie die folgende Absatztabelle zeigt (Angaben in Tonnen):

	1928/29	1930/31	1931/32
Reinstickstoff	490 000	357 000	310 000
Phosphorsäure	553 000	451 000	370 000
Reinkali	783 000	700 000	560 000
Gebranntes Kali	673 000	542 000	440 000
Kohlensaurer Kalk und Leunakalk	911 000	733 000	500 000

Ein Absinken der Hektarorträge wird bei Fortsetzung dieses Rückgangs unvermeidlich sein.

Stinkende Gemüseinfuhr: Wie man nach überreichlichen Propaganda-Nachrichten kaum erwarten konnte, ist die deutsche Gemüseinfuhr im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen um 85,5 Millionen Mark auf 25,7 Millionen Mark; der mengenmäßige Rückgang ist allerdings wesentlich geringer: Die Einfuhr ist von 1,7 auf 1,65 Millio-

nen Doppelzentner zurückgegangen. Das liegt zum Teil an einer Umschichtung der Einfuhr auf billigere Gemüsesorten: Mengenmäßig erhöht hat sich die Einfuhr von Kohlsorten, stark zurückgegangen ist die Einfuhr von Tomaten (von 253 000 auf 172 000 Doppelzentner) und von Blumenkohl (von 735 000 auf 504 000 Doppelzentner). — Entsprechend dem Rückgang der Massenkaufkraft ist natürlich gerade die Einfuhr wertvollerer Gemüse geschrumpft.

DÄNEMARK

Zur neuen deutschen Butterzoll-Regelung: Die Dänen hoffen, künftig ein Kontingent von 20 000 Tonnen zum günstigsten Zollsatz nach Deutschland einführen zu dürfen. (Zur Zeit beträgt das Kontingent, das zu dem um einen Valutaufschlag erhöhten Zoll eingeführt werden darf, 5000 Tonnen.) Nach Äußerungen der dänischen Presse würde bei der erhofften Regelung die gegen Deutschland gerichtete Stimmung sehr abflauen.

Stetigende Einfuhr aus England: Im ersten Halbjahr ist die dänische Einfuhr auf 590 Millionen Kronen herabgedrückt worden gegen 718 Millionen Kronen im Vorjahr. Gleichzeitig ist die dänische Einfuhr aus England von 106 auf 120 Millionen Kronen gesteigert worden.

Umschichtung der Konfektionseinfuhr: Die Einfuhr von Konfektionswaren einschließlich Schuhzeug ist im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr von 32,1 Millionen Kronen auf 20,6 Millionen Kronen gefallen. Die Einfuhr aus Deutschland ist von 16,3 auf 8,4 Millionen Kronen gefallen, also fast halbiert worden. Als einziges Land vermochte England seinen Einfuhranteil zu steigern: von 3,8 auf 4,9 Millionen Kronen.